

**Wahlprüfsteine des Landesfamilienrates zur Landtagswahl 2021**

**Antwort der Partei „Die LINKE BW“**

Unter dem Kapitel: „**I Wirtschaftliche Familienförderung verbessern**“

Fragen Sie:

**1. Welche Maßnahmen planen Sie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut?**

Zentral für die Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut ist aus unserer Sicht insbesondere die Bildung, die Gleichberechtigung von Frauen\* und die Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse. Baden-Württemberg hat auf diesen Feldern massive Defizite. Denn obwohl es eines der reichsten Länder ist, wächst hier immer noch jedes fünfte Kind armutsgefährdet auf. Gleichzeitig ist die Lohnlücke zwischen Männern\* und Frauen\* in Baden-Württemberg mit 25% besonders hoch und auch die unbezahlte Sorge-Arbeit wird überwiegend von Frauen\* geleistet. Beides sind zudem Faktoren, die vor allem Alleinerziehende besonders belasten. Eine der konkreten Folgen ist damit, dass in Baden-Württemberg der Bildungserfolg von Kindern am stärksten vom Geldbeutel abhängig ist. Um der Armut in einem reichen Land entgegenzuwirken, brauchen wir ein vom Einkommen unabhängiges Bildungssystem, sowie eine Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse mit einem besonderen Fokus auf die Aufwertung der von Frauen\* geleisteten Arbeit.

Deswegen fordern wir:

- Familien entlasten: gebührenfreie Kitas (siehe auch Antwort auf Frage 1 unter III. Kinderbetreuung weiter verbessern), kostenfreies Mittagessen an allen Kitas und Schulen und freie Schüler\*innentickets. Ganztageschulen wollen wir ausbauen.
- Perspektiven bieten: Wir wollen Alleinerziehende und Erwerbslose durch mehr öffentliche und fair entlohnte Beschäftigung unterstützen, die mit der Kinderbetreuung vereinbar ist.
- Gleichstellungsprogramme stärken: Sorge- und Pflegearbeit muss gesellschaftlich aufgewertet und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden.
- Auftragsvergabe geschlechtergerecht: gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und familienfreundliche Strukturen sollen Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe werden.
- Den öffentlichen Nahverkehr wollen wir generell ticketfrei für Alle. Kurzfristig braucht es zudem ein landesweites Sozialticket, damit Menschen mit geringen Einkommen günstig den Nahverkehr nutzen können. Landessozialticket: in vielen Städten und Gemeinden hat DIE LINKE ein Sozialticket einführen können, das muss landesweit gelten. Zumindest der Schulweg gehört kostenfrei!
- Keine Verdrängung: Zwangsumzüge sowie Strom-, Wasser- und Gassperren lehnen wir ab und setzen uns für einen Nothilfefond ein.
- Wir bleiben dabei – Hartz IV muss weg: stattdessen wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine volle Übernahme der Kosten der Unterkunft durch die Kommunen, in der auch Strom und Internet enthalten sind. Bei Ablehnung der Kostenübernahme muss die Gemeinde eine kostengünstigere Wohnung nachweisen.
- Soziale Garantien für Alle: wir fordern eine eigene Kindergrundsicherung, elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss und armutsfeste Renten. Niemand darf zurückgelassen werden!

Sie fragen:

**2. Welche konkreten Schritte planen Sie, um (benachteiligten) Familien den Zugang zu sozial und familienpolitischen Leistungen zu erleichtern?**

Zum einen müssen die vorhandenen Beratungsangebote ausgebaut werden. Beratungsangebote für Familien und Menschen in Not laufen über. Gleichzeitig werden den Kommunen zu viele Ausgaben bei zu wenig Einnahmemöglichkeiten aufgebürdet. Wir wollen die Kommunen besser finanziell unterstützen, damit diese Planungssicherheit für die Träger und Beratungsangebote schaffen können. Diese Beratungsangebote sind zentral für die Verbesserung des Zugangs, denn viele Familien und Menschen, insbesondere solche, die ohnehin bereits rund um die Uhr in prekären Verhältnissen arbeiten müssen, haben schlicht nicht die Möglichkeit zusätzlich auch noch alle bürokratischen Hürden zu nehmen, für ihnen zustehende Förderungen.

Deswegen fordern wir:

- Zugang zu Beratungs- und Hilfsstrukturen für alle und vor Ort, insbesondere im ländlichen Raum
- Mütter- und Familienzentren: Wir wollen Anlaufstellen mit integrierten Kindertagesstätten und Angeboten für Senior\*innen, Treffs für Jugendliche und Arbeitslose, Koordinierung von Nachbarschaftshilfe und günstigen Mittagstischen

## Antwort der Partei „Die LINKE BW“

- Wir fordern, dass Frauen- und Kinderschutzhäuser und Frauenberatungsstellen vollständig öffentlich finanziert werden, denn es fehlen im Land über 2000 Frauenhausplätze und in neun Landkreisen gibt es keine Fachberatungsstelle für Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Frauenhilfstrukturen müssen zur kommunalen Pflichtaufgabe werden.
- Frauenberatungs- und Hilfsstrukturen erhalten und ausbauen. Die Istanbul Konvention muss endlich erfüllt werden!
- Gesundheitsberatungen für Frauen wollen wir ausbauen und Frauengesundheitszentren besser finanziell absichern
- Selbstverwaltete Community-Zentren: Schutzräume für Selbsthilfe-Gruppen, Aufklärung/Beratung und die Entfaltung queerer Kultur
- Beratungsangebote für queere Menschen und ihre Angehörigen wollen wir ausbauen und die Beratenden angemessen bezahlen.
- Schutz von queeren Geflüchteten: Beratungsmöglichkeiten und Schutz in den Unterbringungen müssen gewährleistet werden.
- Kostenlose Beratung und Verfahrenshilfe im Asylverfahren.
- Ausbau der Beratungsstellen für Betroffene von Gewalt und Diskriminierung jeglicher Art

Darüber hinaus ist der Zugang allerdings auch stark über die Bundesgesetzgebung geregelt, beispielsweise in den meisten Bereichen, welche Hartz 4 betreffen. Auch hier haben wir uns in der Vergangenheit durchgängig dafür eingesetzt, dass bestehende Angebote deutlich erweitert und ergänzt werden. Wie beispielsweise beim Bildungspaket.

Sie fragen:

### **3. Wie stehen Sie zur kostenlosen Schülerbeförderung?**

Zum Recht auf gebührenfreien Unterricht gehört die Übernahme der Kosten, die durch den Schulweg entstehen. Schulwege wollen wir als Teil der Lernmittelfreiheit kostenfrei stellen.

DIE LINKE fordert:

- Schulbeförderungskosten gehören zu den Lernmitteln und müssen entsprechend der Lernmittelfreiheit kostenfrei sein.
- Mobilität für Alle: ticketfreier ÖPNV und Ausbau in der Fläche.
- Städte für Fußgänger\*innen und Fahrräder.
- Bus und Bahn in jedem Ort. Jedes Dorf muss eine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr mit regelmäßiger Taktung von Montag bis Sonntag haben. Dazu braucht es die zügige Umsetzung des von der Landesregierung verabschiedeten „Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg“.
- Erhalt von kleinen Schulen. Dabei helfen flexible Konzepte wie Schulverbünde und Filialen von benachbarten Schulen, die sich Schulleitung, Verwaltung und Lehrpersonal teilen. „Kurze Beine – kurze Wege“ soll weiterhin Leitlinie der Schulentwicklungsplanung im Grundschulbereich sein. Dasselbe gilt auch für Kita Standorte.

Unter dem Kapitel „II Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur“

Fragen Sie:

### **1. In welchem Umfang sind Sie bereit, Familienbildung als präventives, Familien stärkendes, Bildung förderndes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherndes Instrument systematisch zu fördern?**

Zunächst einmal darf es keine Kürzungen bei den bestehenden sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Angeboten geben. Auch hier müssen die Kommunen besser finanziell unterstützt werden. Die bestehenden Angebote und Maßnahmen erfüllen auch dann einen wichtigen Zweck für die Familienbildung, wenn sie keinen expliziten Bezug haben. Solche mit expliziten Bezug dazu, wie Mütter-, Familien- und Communityzentren müssen gestärkt und ausgebaut werden. Gleichzeitig müssen die Bildungs- und Weiterbildungsangebote besser dazu in die Lage versetzt werden auch die Ansprüche an eine Familienbildung besser umzusetzen. Kinderrechte gehören in die Landesverfassung.

Deswegen fordern wir:

- Soziale und kulturelle Angebote erhalten – auch in kleinen Orten
- Sport und Kultur für Alle: freier Zugang zu öffentlichen Angeboten für Menschen mit geringem Einkommen

## Antwort der Partei „Die LINKE BW“

- Jugendzentren ausbauen und erhalten
- Frauenberatungs- und Hilfsstrukturen erhalten und ausbauen.
- Selbstverwaltete Community-Zentren: Schutzräume für Selbsthilfe-Gruppen, Aufklärung/Beratung und die Entfaltung queerer Kultur. Dies bedeutet gleichzeitig auch selbstverwaltete, community-bezogenen Bildungsangebote, welche in diesen Einrichtungen heute schon realisiert werden.
- Von besonderer Wichtigkeit ist vor allem auch, dass es eine Ausweitung von Landesfördermitteln für Vereins- und Jugendheime sowie weitere Stärkung der Vereinsstrukturen vor Ort durch Projektmittel wie auch des Ehrenamts, braucht.
- Mütter- und Familienzentren: Wir wollen Anlaufstellen mit integrierten Kindertagesstätten und Angeboten für Senior\*innen, Treffs für Jugendliche und Arbeitslose, Koordinierung von Nachbarschaftshilfe und günstigen Mittagstischen. Insbesondere diese Zentren sind in der Lage eine zentrale Rolle für die Stärkung der Familienbildung zu spielen.
- Für ein Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen!
- Eine flächendeckende Aufrechterhaltung der pluralen Weiterbildungslandschaft und die Förderung digitaler und generationenübergreifender Weiterbildungsangebote in allen Bereichen.
- Eine sofortige Erhöhung der Landeszuschüsse für die Volkshochschulen auf Höhe des Bundesdurchschnitts. Mittelfristig braucht es weiterer substanzieller Zuschüsse, um die Grundbildung an den Volkshochschulen zu stärken.
- Eine Ausweitung des Bildungszeitgesetzes – ohne inhaltliche Beschränkung.
- Ein von Unternehmen finanzierter Weiterbildungsfonds für die Beschäftigten, um beispielsweise die Kostenübernahme der Weiterbildung zu gewährleisten.
- Angemessene, tarifgebundene Gehälter für Lehrende in der Weiterbildung. Honorararbeitsverhältnisse dürfen nicht die Regel sein!

Sie fragen:

### **2. Inwiefern sind Sie bereit, die Familienferienstätten bzw. Familienerholung finanziell zu unterstützen, um damit Familien zu entlasten?**

Wir sind auch auf diesem Feld bereits dazu, die Förderung und Unterstützung auch finanziell zu erhöhen und Familien damit zu entlasten. Wir stellen uns dabei ähnlich Programm vor, wie es Sie im von uns regierten Thüringen bereits gibt. Dort haben wir gemeinsam mit den Familienferienstätten ein Sonderprogramm entwickelt, aufgelegt und auch entsprechend finanziert. Dabei gibt es für die Familien selbst, finanzielle Zuschüsse für die Teilnahme an Familienerholungsangeboten. Gleichzeitig haben wir aber ein Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben für Generation gestartet. Wir fordern die gleiche Form der Förderung und des Programms auch für Baden-Württemberg

Sie fragen:

### **3. Welche Maßnahmen planen Sie gegen rechtsgerichtete und fremdenfeindliche Haltungen?**

Das Thema Rechtsextremismus und Rassismus hat bei uns schon immer einen besonders hohen Stellenwert. Die meisten unserer Mitglieder und Abgeordneten engagieren sich hier nicht nur inhaltlich sondern auch ganz konkret in Vereinen, der Zivilgesellschaft, publizistisch und auf der Straße. Baden-Württemberg für Alle heißt, dass wir Ausgrenzung, Bedrohung und Gewalt keinen Raum geben und sie gesellschaftlich ächten, uns zu unserer historischen Verantwortung bekennen und Verantwortung für die Zukunft in einer solidarischen Welt übernehmen. Ob physische oder digitale Hetze, Verleumdung oder Bedrohung: niemand darf aus egal welchem Motiv heraus in seinen Grundrechten verletzt werden.

Auch in diesem Bereich spielt die Bildung eine gewichtige Rolle, wie alle Studien zum Thema belegen. Rassismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit dürfen an unseren Schulen keinen Platz haben. Wir begrüßen deshalb Initiativen wie "Schule ohne Rassismus". Den 8. Mai – als Tag der Befreiung vom Faschismus - wollen wir als schulischen Projekttag festlegen. Jeder Schülerin und jedem Schüler muss außerdem mindestens einmal in der Schulzeit eine kostenlose Fahrt zu einer Mahn- oder Gedenkstätte ermöglicht werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei für uns auch der Ethikunterricht und entsprechend fordern wir ein einklagbares Recht auf Ethikunterricht für alle in allen Schulformen. Dafür müssen genug Ausbildungskapazitäten an den Universitäten geschaffen werden. Eine geeignete Vorbeugung von Rassismus und Rechtsextremismus sehen wir zudem in den Werten des Pazifismus und Humanismus, entsprechend möchten wir nicht, dass Jugendoffiziere auch weiterhin regelmäßige Gäste in Berufsorientierungswochen an Schulen sind. Wir lehnen die Versuche der Bundeswehr, Schüler\*innen für den Dienst an der Waffe zu rekrutieren, entschieden ab. Die UN Kinderrechtskonvention, die eine Werbung von unter 18-jährigen verbietet, muss eingehalten werden. Extrem wichtig sind aber vor allem auch die zivilgesellschaftlichen Vereine und Organisationen, die es in diesem Bereich gibt. Leider haben Bund und Land in den vergangenen Jahren die Finanzierung

## Antwort der Partei „Die LINKE BW“

dieser Organisationen deutlich erschwert und ihnen neue Vorgaben gemacht. Gleichzeitig haben wir aber auch ein Problem in unseren eigenen Sicherheitsbehörden, wenn Vereinen wie der Verband der Verfolgten des Naziregimes auf deren Intervention hin die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Und schließlich gibt es beispielsweise auch Aussteigerorganisationen wie EXIT, die nicht in Baden-Württemberg arbeiten, da sie gemäß eigener Angaben hier zu wenig Unterstützung und zu viel Verfolgung von staatlichen Stellen erfahren. Dies darf auf keinen Fall sein. Antifaschistisches Engagement muss von den staatlichen Stellen gefördert und nicht behindert werden.

Wir fordern:

- Antirassismus und Antifaschismus werden in der Landesverfassung verankert.
- Das Landesparlament richtet eine Enquete-Kommission gegen rassistische Gewalt ein.
- Ein Untersuchungsausschuss zum NSU und zu rechten Netzwerken in Polizei und Sicherheitsbehörden klärt den Mord an der Heilbronner Polizistin Michèle Kiesewetter und die Verstrickung einiger ihrer Kolleg\*innen in den Baden Württembergischen Ku-Klux-Klan vollständig auf.
- Der 8. Mai wird in Baden-Württemberg als Tag der Befreiung gesetzlicher Feiertag.
- Die Landesverfassung wird weltanschaulich neutral überarbeitet; keine Glaubensrichtung wird pauschal zur Leitkultur für alle Menschen erklärt.
- Ethikunterricht wird Pflichtfach an allgemeinbildenden Schulen; Religionsunterricht freiwillig belegbares Wahlfach.
- Das Land setzt sich im Bundesrat dafür ein, dass im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz die Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften gestrichen werden.
- Schutz vor Diskriminierung: Queere Menschen und Regenbogenfamilien müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen – ob auf Arbeit oder zu Hause – geschützt werden!
- Aufklärungskampagnen: wir wollen über die Vielfalt der Geschlechter, sexuelle Orientierungen und Lebensweisen informieren und für Akzeptanz werben. Die Umsetzung der Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ an den Schulen muss fachlich und personell sichergestellt werden.
- Vom Kindergarten bis zur Hochschule muss Bildung inklusiv sein.
- Queerfeindliche Straftaten müssen systematisch erfasst und ausgewiesen werden!
- Schutz von queeren Geflüchteten: Beratungsmöglichkeiten und Schutz in den Unterbringungen müssen gewährleistet werden.
- Aktive Antidiskriminierungspolitik: Verpflichtende antirassistische und interkulturelle Weiterbildungen für Lehrkräfte und Staatsbeschäftigten und mehr Menschen mit Migrationserfahrungen in alle Ebenen des öffentlichen Dienst
- Das Aufenthaltsrecht darf nicht vom Familienstatus, Deutschkenntnissen, einem Job oder dem Kontostand abhängig gemacht werden. Familiennachzug wollen wir vereinfachen und für illegallisierte Menschen ohne Ausweispapiere Aufenthaltsrecht schaffen.
- Förderung des muttersprachlichen Unterrichts in allen Schulformen.
- Zugang zu Integrations- und Sprachangeboten für alle.
- Stärkere Förderung sozialen, kulturellen und politischer Selbstorganisation von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Unter dem Kapitel „III Kinderbetreuung weiter verbessern“

Fragen Sie:

### **1. Welche Schritte sind von Seiten der zukünftigen Landesregierung geplant, um eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung zu sichern?**

DIE LINKE betont: Bildung ist ein Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe. Wir wollen deshalb ein zukunftsorientiertes und auf Kooperation ausgelegtes Bildungssystem und hierzu zählen insbesondere die Kindertageseinrichtungen und ähnliche Angebote. Bildungsangebote und entsprechend auch Kinderbetreuung müssen allen kostenfrei zur Verfügung stehen. Gute Bildung und Kinderbetreuung hilft individuelle und kreative Fähigkeiten zu entdecken und fördert Selbstbestimmung. Inklusion, Diversität, Friedens- und Demokratiebildung sind für uns übergreifende Prinzipien, die im gesamten Bildungssystem zu verwirklichen sind.

Schon in der Vergangenheit haben wir uns zusammen mit dem landesweiten Bündnis für gebührenfreie Kitas für die Beitragsfreiheit eingesetzt. Dieser Vorstoß wird jedoch seitens der Landesregierung abgelehnt. Aber auch in Bezug auf den qualitativen Anspruch der Lernangebote und den Arbeitsbedingungen werden Defizite deutlich.

Deswegen fordern wir:

## Antwort der Partei „Die LINKE BW“

- Einen Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Ganztagesplatz in Wohnortnähe für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr.
- Erhalt von kleinen Schulen. Dabei helfen flexible Konzepte wie Schulverbünde und Filialen von benachbarten Schulen, die sich Schulleitung, Verwaltung und Lehrpersonal teilen.
- Frühkindliche Bildungskonzepte, die nach wissenschaftlichen Standards erarbeitet und regelmäßig evaluiert werden.
- DIE LINKE setzt sich außerdem für einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztageschule ein. Wir fordern, dass alle Schulen, die Ganztagschule werden wollen, vom Land die nötigen Mittel für Umbau und Personal erhalten.
- Wir setzen uns für einen Sozialindex bei der Schulfinanzierung und Versorgung mit Lehrkräften und Schulsozialarbeit ein, sodass Schulen in benachteiligten Gegenden zusätzlich unterstützt werden. So kann der Bildung von Brennpunktschulen entgegengewirkt werden. Die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler muss im Vordergrund stehen.
- Kostenfreie Mittagessen an allen KiTas und Schulen
- Der Bund muss sich stärker an der Finanzierung der KiTas beteiligen

Sie fragen:

### **2. Welche Maßnahmen planen Sie, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?**

Der Erzieher\*innenberuf erfährt noch immer eine zu geringe Wertschätzung. Da hauptsächlich Frauen in unseren Bildungseinrichtungen arbeiten, ist dies auch eine Frage der Gender-Gerechtigkeit. Wir setzen uns für mehr Wertschätzung und dafür ein, den Erzieher\*innenberuf attraktiver zu machen. Auch generell müssen wir feststellen, dass es einen Fachkräftemangel insbesondere im Bereich der Sorgearbeit gibt. Auch Krankenhäuser, Pflegeeinrichtung und ähnliches brauchen dringend mehr Fachkräfte. Um diesen Mangel entgegen zu wirken müssen nicht nur Ausbildungswege attraktiver gestaltet werden, Belastungen müssen reduziert werden und vor allem Gehälter deutlich erhöht. Dabei gibt es in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg nicht zu wenig Geld, es ist nur zu ungleich verteilt. 1% der Deutschen besitzen 35% des Vermögens. Die obersten 10% besitzen 67% des gesamten Vermögens. Der Fachkräftemangel ist eine direkte Folge dieser Ungleichverteilung. Deshalb fordert DIE LINKE:

- Einen Ausbau des beitragsfreien staatlichen Ausbildungsplatzangebotes und eine faire Bezahlung der Auszubildenden.
- Eine Aufwertung des Erzieher\*innenberufs durch gute Arbeitsbedingungen und eine angemessen vergütete Bezahlung.
- Das Land als Vorreiterin: soziale Berufe gehören höher eingruppiert
- Sozialer Benachteiligung entgegenwirken: Es darf keine Schulen geben, in denen junge Menschen benachteiligt werden. Der Ausbau von Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik und Unterstützung durch Inklusions- sowie Integrationsfachkräfte hilft Hürden zu überwinden und Konflikte zu lösen. Lehrkräfte müssen durch multiprofessionelle Teams entlastet werden.
- Zusätzlich muss der Klassenteiler schrittweise auf 25 und in der Grundschule auf 20 gesenkt werden. Die Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte muss reduziert werden.
- Wir wollen die Lehramtsausbildung attraktiver gestalten, indem die berufsrelevanten, fachdidaktischen sowie medienpädagogischen Ausbildungsteile und integrative sowie inklusive Kompetenzen gestärkt werden.
- Reform des Lehramtsstudiums nachbessern. Der berufliche Praxisbezug muss im Vordergrund stehen. Es braucht einen Rechtsanspruch auf einen Referendariats-Platz für alle Absolvent\*innen eines Lehramtsmasters.
- Grundschullehramt stärken: Regelstudienzeit auf zehn Semester aufstocken und Ausbildungskapazitäten ausbauen.
- Gute Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte: Gleiche Besoldung für alle Lehrkräfte - unabhängig von der Schulart und Beamtenstatus sowie ein Verbot der unsozialen Entlassung angestellter Lehrkräfte in den Schulsommerferien.
- Die Aufstockung der Vertretungsreserve um zusätzlich fünf Prozent des Grundbedarfs und von Verwaltungspersonal, um Lehrer\*innenkollegien und Schulleiter\*innen zu entlasten.
- Massiver Ausbau der Studienplatzkapazitäten. Jede\*r muss gemäß der Berufs- und Ausbildungsfreiheit ihren oder seinen Wunschstudiengang studieren können.
- Eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage
- Einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz im Grundgesetz verankern

## Antwort der Partei „Die LINKE BW“

Unter dem Kapitel „**IV Bezahlbares und generationengerechtes Wohnen fördern**“

Fragen Sie:

### **1. Welche Schritte sind von Seiten des Landes geplant, um die akute Wohnraumnot zu senken?**

Wohnen ist ein Grundrecht! Wir wollen im nächsten Landtag den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau kräftig ankurbeln. Bestehende Mieten wollen wir auf sechs Jahre einfrieren. Dafür wollen wir einen Volksantrag einbringen, den wir gemeinsam mit Mietenbündnissen und den sozialen Initiativen vor Ort voranbringen. Der freie Markt wird und kann das Mietenproblem nicht lösen, denn er muss Profite produzieren. Mit den steigenden Mieten wird kräftig umverteilt, von den kleinen und mittleren Einkommen hin zu privaten Investor\*innen. Hier wollen wir tätig werden für mehr sozialen und kommunalen Wohnungsbau. Wohnungsbaugenossenschaften und Mietshäusersyndikaten wollen wir fördern. Wohnen muss wieder gemeinnützig sein und gehört in die öffentliche Hand!

DIE LINKE fordert:

- bezahlbares Wohnen: wir wollen den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau massiv ausweiten und eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen.
- Mietenstopp für sechs Jahre und mehr sozialer und barrierefreier Wohnungsbau
- Wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit: Wohnen ist zu wichtig, um es dem Markt zu überlassen!
- Das Land muss endlich direkt tätig werden über eine Landeswohnungsbaugesellschaft und die Kommunen beim Wohnungsbau unterstützen.
- Bessere Förderung für Baugenossenschaften und soziale Projekte, die dauerhaft günstige Mieten anbieten. Kommunen sollen selber Höchstmieten festsetzen dürfen.
- Die Wohnbaufördermittel des Landes für neuen Wohnraum und den Bau von 15.000 Sozialwohnungen im Jahr wollen wir auf mindestens 250 Millionen Euro jährlich erhöhen.
- Die Modernisierungsförderung wollen wir an eine Mietpreisbindung koppeln, um Mietsteigerungen zu verhindern

Sie fragen:

### **2. Welchen Beitrag leistet das Land zur nachhaltigen Stärkung von Quartier und Sozialraum, um Kindern und Familien ein anregendes und förderliches Umfeld zu bieten?**

Mehrgenerationen-Wohnprojekte und genossenschaftliche Pflegeprojekte wollen wir durch ein Landesprogramm fördern.

Eine Stadt der kurzen Wege, die dabei sozial und nachhaltig ausgerichtet ist, führt ebenfalls zu einer nachhaltigen Stärkung von Quartieren und Sozialräumen. Stadt der kurzen Wege bedeutet, dass alle wichtigen Bereiche des Lebens wie Arbeit, Wohnen und Freizeit auch im räumlichen Kontext zueinander stattfinden. Der moderne Arbeitsmarkt zwingt die Menschen dazu, immer größere Strecken zu ihrer Arbeit zurückzulegen. Das produziert Pendelverkehre und ist weder sozial noch ökologisch nachhaltig. Wir wollen Ortschaften mit lebendigen Quartiere, in denen wir gerne wohnen und arbeiten, wo die Versorgung mit Lebensmitteln fußläufig erreichbar ist. Wir wollen Stadtteile, in denen es Kindertagesstätten und Ärztezentren gibt, wo Stadtteilbibliotheken Orte der Begegnung sind und wir gerne unsere Freizeit verbringen. In Zeiten des digitalen Wandels darf ein Internet-Anschluss kein Luxus sein: Innovation und soziale Teilhabe brauchen schnelles Internet an jedem Ort.

Wir fordern (die Forderungen wurden durch die inhaltlichen Schnittbereiche auch schon bei anderen Fragen eingebracht)

- Mobilität für Alle: ticketfreier ÖPNV und Ausbau in der Fläche.
- Städte für Fußgänger\*innen und Fahrräder.
- Soziale und kulturelle Angebote erhalten – auch in kleinen Orten
- Jugendzentren ausbauen und erhalten
- Frauenberatungs- und Hilfsstrukturen erhalten und ausbauen

Unter dem Kapitel „**V Medienkompetenz – Teilhabe an Bildung in einer digitalen Welt**“

Fragen Sie:

### **1. Welche Maßnahmen planen Sie, um eine ausreichende digitale Infrastruktur zu schaffen und die Medienkompetenz von Lernenden, Lehrenden und pädagogischen Fachkräften zu stärken und zu sichern?**

Auch Digitalisierung beginnt bei uns zentral bei den Bildungseinrichtungen und -institutionen: Eine zeitgemäße Ausstattung der Schulen mit Geräten und IT-Personal muss dringend umgesetzt werden, dies darf aber nicht zulasten der Fächer gehen, die Kreativität und soziales Miteinander bilden, v.a. darf Digitalisierung nicht zu einer Einsparung von Lehrpersonal führen. Wir benötigen darüber hinaus Medienzentren, die im Auftrag der Schulbehörde Lehrer\*innen unabhängig von Konzernstiftungen

## Antwort der Partei „Die LINKE BW“

beraten. Die Ausbildung der Lehrkräfte in Medienkompetenz, Informatik und KI muss ebenfalls ein besonderer Schwerpunkt sein. Die Unabhängigkeit von IT-Konzernen muss dabei für unabhängige Bildungseinrichtungen im Vordergrund stehen, dies bedeutet konkret: eine stärkere Einbindung und Förderung von Software und Plattformen, welche nicht kommerziell arbeiten, wie beispielsweise Linux-Betriebssystemen und weiteren IT-Angeboten, welche unter der Creative Commons License laufen. Darüber hinaus benötigt es aber auch mehr Ausnahmen für Bildungs- und Forschungseinrichtungen was das Urheber- und Verwertungsrecht angeht  
Wir fordern:

- Kein Dorf darf digital abgehängt bleiben. Daher muss eine gute Breitbandversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge jedes Dorf abdecken.
- Wir wollen Basisinternetanschlüsse in jedem Haushalt und weitflächig im öffentlichen Raum durch die öffentliche Hand oder andere öffentliche Initiativen wie Freifunk durchsetzen.
- Umsetzung der Lernmittelfreiheit: wir wollen verbindliche Standards für die digitale Schulausstattung und die Förderung von freien bereitgestellten digitalen Lehr- und Lernmaterialien. Es braucht ein Land-Bund-Programm, um einheitliche landesweite Schulverwaltungs- und Lernsysteme einzurichten und um allen Schüler\*innen und Lehrkräften ein digitales Endgerät zur Verfügung zu stellen.
- Eine Aus- und Fortbildungsinitiative zum digitalen, pädagogisch begleiteten und selbstständigen Lernen sowie zur Medienbildung.
- Medienpädagogischen Ausbildungsteile in der Lehramtsausbildung sollen gestärkt werden.
- Das Land muss einkommensschwachen Haushalten eine subventionierte Grundversorgung mit kostenlosem Breitband-Internet zur Verfügung stellen.
- 

Sie fragen:

### **2. Wo werden – unterstützt von der Landesregierung – Grundfragen der Medienethik geklärt?**

Eine funktionierende Demokratie braucht eine freie und vielfältige Medienlandschaft. Das Internet hat diese in den letzten Jahren massiv verändert. „Likes“ und Klicks sind die neue Währung, die auch zu einer Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung bis hin zur Verbreitung von Fake News führt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss ein starkes Gegengewicht zu falschen Nachrichten und Verschwörungstheorien darstellen und zur Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit beitragen. Hatespeech im Internet stellt eine Gefahr für die Meinungsfreiheit dar, wir setzen uns daher für einen Schutz der Betroffenen ein. Die Rundfunkräte müssen neu besetzt werden, mit heutigen gesellschaftlichen Akteuren und nicht mit den gleichen wie im Nachkriegsdeutschland. Diese neu besetzten Rundfunkräte können dann gemeinsam mit von den Hochschulen berufenen Pädagog\*innen und Medienspezialist\*innen eine Institution zur Klärung der Grundfragen der Medienethik bilden.

Wir fordern:

- Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Die digitalen Angebote des SWR, insbesondere für junge Menschen, müssen ausgebaut werden. Der Landesrundfunkrat Baden-Württemberg muss jünger und migrantischer werden. Die Zusammensetzung muss nach transparenten und demokratischen Kriterien erfolgen.
- die finanzielle Förderung freier Radios.
- die Netzneutralität zu sichern.
- Die Unterstützung von Lokalzeitungen durch die Kommunen z.B. durch Hilfe bei der Abwicklung der Zustellung
- Bei der Einführung digitaler Technologien muss der Schutz von Persönlichkeitsrechten, inklusive Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten und Datensouveränität an erster Stelle stehen.
- Der Landtag und der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst muss regelmäßig mit Pädagog\*innen und Medienwissenschaftler\*innen zusammenkommen um solche Fragen zu erörtern

Sie fragen:

### **3. Mit welchen Maßnahmen soll ein funktionierender Kinder- und Jugendmedienschutz gesichert werden?**

Kindergärten, Horte und Schulen gelten auch heute als natürliche Räume für den Erwerb von Medienkompetenz. Medienbildung ist heute angesichts des stetigen Medienwandels ein lebensbegleitender Prozess und muss in Bildungsangebote für alle gesellschaftlichen Gruppen altersgerecht integriert werden. DIE LINKE will den Jugendschutz im Internet stärken und dabei

## **Antwort der Partei „Die LINKE BW“**

gleichzeitig die freie Strukturen erhalten. Effektiver Jugendschutz besteht für uns in der Vermittlung von Medienkompetenz bei Eltern, Lehrkräften, Kindern und Jugendlichen. Flächendeckende medienpädagogische Angebote können Jugendmedienschutz am effektivsten garantieren. Medienerziehung muss deshalb in allen Bildungseinrichtungen auf die Tagesordnung.